Grenzgebiete und Grenzbefestigungen „DreiGräben“ und „Preseka“ und die wichtigen Handelswege „Hohe Straße“ und „Niedere Straße“. Eine ausführliche Behandlung erfuh auch der „Zobtenberg“, das uralte Kultzentrum und natürliche Wahrzeichen Schlesiens.

Die Artikel erscheinen unter ihrer historischen deutschen Namensform nach dem Stande von 1918; in Klammern wird der Ortsname in der heutigen polnischen oder tschechischen Namensform hinzugefügt. Einem Benutzer, der von den heutigen Namen ausgeht, ermöglicht eine umfangreiche Ortsnamenkonkordanz (S. 644—649) das Auffinden des gesuchten Artikels. Die meisten Artikel sind ziemlich ausführlich gestaltet, z. B. die Artikel „Breslau“, „Neisse“, „Liegnitz“ und „Neumarkt“. Besonders erfreulich ist es, daß sich die Bearbeiter bemüht haben, die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Orte über das für das Schicksal Schlesiens natürlich epochale Jahr 1945 hinaus bis in die jüngste Vergangenheit zu verfolgen. Freilich mußte man sich dabei vielfach mit recht summarischen Angaben begnügen. Sehr zu begrüßen ist auch die Beigabe von nicht weniger als 15 Stadtplänen, die die geschichtliche Entwicklung verdeutlichen: Breslau, Brieg, Bunzlau, Carlsruhe, Glatz, Glogau, Köben, Liegnitz, Neisse, Nimptsch, Oppeln, Ratibor, Sagan, Schweidnitz und Tost.

An die 531 Ortsartikel schließt sich ein umfangreicher Anhang an. Die zahlreichen Stammtafeln der schlesischen Piasten und ihrer verschiedenen Linien, der in den Fürstentümern Troppau, Jägerndorf und Ratibor regierenden Přemysliden und der Herzöge von Münsterberg und Oels aus den Häusern Podiebrad und Württemberg erleichtern die dynastisch-genealogische Einordnung der in den Artikeln genannten Personen. Nicht nur für die Kirchengeschichte willkommen ist eine Zusammenstellung der Bischöfe von Breslau bis 1945, der Verwalter der Erzdiözese Breslau seit 1945 und der Bischöfe von Kattowitz. An der umfangreichen Bibliographie (S. 608—639) ist nicht nur die Berücksichtigung der älteren und neueren polnischen Forschungen hervorzuheben, sondern auch die umfassende Zusammenstellung der Quelleneditionen, Regestenwerke und Archiv- und Bibliotheksinventare (S. 614 ff.). Ein Glossar erläutert zahlreiche Begriffe aus Wirtschaft, Recht und Verfassung, darunter Spezialausdrücke wie „Kretscham“ = Gasthof, „Ring“ = Marktplatz oder „Weichbild“ = Gerichtsbezirk mit einer Stadt als Mittelpunkt, die dem jüngeren, historisch nicht geschulten Leser nicht mehr verständlich sind.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Herausgabe eines Bandes der Historischen Stätten für eine Landschaft außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein außerordentlich schwieriges Unternehmen darstellt. Erschwerend wirkten nicht nur die räumliche Entfernung und die Unmöglichkeit, sich in allen Fällen vom gegenwärtigen Zustand des beschriebenen Ortes und seiner historischen Denkmäler zu überzeugen, sondern auch der Mangel an einer ausreichenden Zahl von Mitarbeitern. So mußte der Hrsg. die Bearbeitung von fast der Hälfte aller Artikel selbst übernehmen. Um so dankbarer darf man für dieses Nachschlagewerk sein, das für alle Zeit unentbehrlich sein wird.

Marburg a. d. Lahn

Hans K. Schulze

Norbert Conrads: Die Durchführung der Altranstädter Konvention in Schlesien 1707—1709. (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd 8.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1971. XLVII, 413 S., 19 Abb.

Ein sich anbahnender Konflikt zwischen König Karl XII. von Schweden und Kaiser Joseph I. wegen der Religionsfreiheit für die schlesischen Protestanten

wurde durch die Altranstädter Konvention vom 1. September 1707 beigelegt. Die Durchführung der Abmachungen wurde am 8. Februar 1709 im Breslauer Exekutionsrezeß bestätigt und das Vertragswerk damit abgeschlossen. Während über die Altranstädter Konvention, ihre Vorgeschichte und ihre politischen Wirkungen ausreichende Darstellungen vorhanden sind, fehlte es an einer Untersuchung der Regelungen und Folgen in Schlesien selbst. So war es ein Anliegen der schlesischen Kirchengeschichte, über die Zeit von 1707 bis 1709 im Anschluß an die Konvention nähere Einzelheiten zu erfahren.

Diese Arbeit hätte ohne die Heranziehung archivalischer Quellen nicht geschrieben werden können. Die umfangreichen Archivverluste in Breslau wären hierbei wohl das größte Hindernis gewesen, wenn nicht ein wichtiger Archivfund die Kenntnis zahlreicher Einzelheiten vermittelt hätte. Der Nachlaß des Hofrats Johann Christoph von Sannig der Böhmisches Hofkanzlei in Wien, der hier von 1705 bis 1720 Hauptreferent für schlesische Angelegenheiten gewesen war, fand sich im niederösterreichischen Herrschaftsarchiv Guntersdorf mit zahlreichen Aktenstücken zur Altranstädter Konvention, dabei sicherlich auch solchen der Böhmisches Hofkanzlei selbst. Erst die Entdeckung dieses Nachlasses mit Protokollen von Ministerkonferenzen und Sitzungen, Gutachten, Referaten und Teilen der privaten Korrespondenz gab den Anstoß zur vorliegenden Arbeit. Ergänzendes Archivmaterial lag im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien und im Niedersächsischen Staatsarchiv in Stade, wo die diplomatische Korrespondenz des schwedischen Gesandten in Wien, des Freiherrn v. Stralenheim, aufbewahrt wird.

Den einleitenden drei Kapiteln über Vorgeschichte und Abschluß der Altranstädter Konvention folgen die 13 Kapitel des Hauptteils über die Durchführung, einzelne Regelungen und Folgen des Vertrags. Auf die Fülle der Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Der weiteren Katholisierung Schlesiens wurde jedenfalls Einhalt geboten, und das Drängen der schlesischen Protestanten nach einer gewissen Religionsfreiheit hatte nun Erfolg. Daß auch merkantilistisch-wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Erörterung dieser Kirchenfragen eine Rolle spielten, ist von Interesse: Die Unterdrückung der Protestanten in Schlesien hatte zur Abwanderung zahlreicher Familien geführt und bedeutete eine Schwächung der Steuerkraft des Landes. Die finanzielle Belastung Wiens war gerade im ersten Jahrzehnt des 18. Jhs. überaus groß, so daß es ein wohl zu beachtendes Argument in der konfessionellen Auseinandersetzung war, daß die kirchlichen Erleichterungen für die Protestanten die Abwanderungen beenden und zu einer Verbesserung der schlesischen Finanzen führen würden.

Der Religionsvertrag führte zur Rückgabe von 125 Kirchen an die Evangelischen, zur Abschaffung konfessioneller Diskriminierungen und zur rechtlichen Besserstellung der Evangelischen auf einer neuen Rechtsgrundlage. Das Ende der Verhandlungen, besiegelt durch den Breslauer Exekutionsrezeß, hatte nicht unerhebliche politische Bedeutung und war als eine Regelung im Sinne einer begrenzten Toleranz eine gute Grundlage für die folgenden Jahrzehnte. Sie führte insbesondere zu einer Bindung der schlesischen Protestanten an Österreich.

Die Wiedergabe der wichtigsten Dokumente und ein ausführliches Personen- und Ortsregister schließen diese grundlegende Arbeit ab. (Bei dem auf S. 10 genannten Ort „Töpelswalde bei Dresden“ handelt es sich um Dippoldiswalde.)